

(Abgeordneter Leithold.)

(A) und wenn wir sie zur Schlachtbank führen, kostet sie 500 bis höchstens 800 M.

11. Die Aufhebung des Mühlenzwanges. Das war auch eine einseitige Geschichte. Die Amtshauptmannschaft Glauchau hatte seinerzeit verboten, daß in altenburgischen Mühlen gemahlen würde. Da haben wir nun kürzlich erfahren, daß für den Bezirk um Ziegelheim herum den Landwirten die Erlaubnis gegeben worden ist, im Altenburgischen zu mahlen, während es an dem anderen Ende des Bezirks wieder verboten war. Da darf man sich nicht wundern, daß die Landwirte durch derartige Maßnahmen außerordentlich erregt werden.

12. Freigabe der Schrotmühlen unter Polizeiaufsicht. Hier ist ein ganz sinnentstellender Druckfehler hineingekommen. Wir verlangen die Freigabe der Schrotmühlen unter polizeilicher Aufsicht, nicht von der Polizeiaufsicht, das ist das gerade Gegenteil. Wir verlangen das, weil auf der anderen Seite die Amtshauptmannschaft in den Städten die Schrotmühlen freigegeben hat. Was für die städtischen Leute, die gar nicht Landwirte sind, möglich ist, muß auch den Landwirten zugestanden werden.

13. Regulierung der Getreideabgabe dergestalt, daß pro Hektar Hafer und Gerste nur 5 Zentner an den Kommunalverband abzugeben sind und das übrige dem freien Verkehr unterliegt. Meine Damen und Herren! Das ist ein wirtschaftliches Programm, das von mir selbst kommt, und ich weiß ganz genau, daß bereits der Deutsche Landwirtschaftsrat eine ganz ähnliche Eingabe macht. Die Pferdebestände der Heeresverwaltung sind aufgelöst. Seither wurde der Hafer hauptsächlich von der Heeresverwaltung gebraucht. Von der Gerste hat man Bier gebraut. Meiner Ansicht nach ist das wichtigste, daß wir erst einmal Graupen und Haferflocken für das notleidende Volk schaffen; was nicht für die Ernährung des Volkes gebraucht wird, muß aber auf den freien Markt kommen. Wenn es heute Leute gibt, die für ein Paar Pferde 30000 M. zahlen können, so können sie auch 50 M. für einen Sack Hafer geben. Sie werden sagen, das ist Wucher. Das ist aber kein Wucher. Wir gehen von einer ganz anderen Voraussetzung aus. Wir sind der Meinung, wenn die Bewirtschaftung von Graupen und Gerste in dieser Weise durchgeführt wird, daß wir die übrigbleibenden Getreidebestände zuerst einmal in unser Vieh hineinstecken, und wir geben die Garantie, wenn derartige für die nächste Ernte beschlossen werden sollte, wir Weihnachten, vielleicht schon Anfang November, mit einer außerordentlich erhöhten Milchleistung dienen können. Ohne Kraftfutter ist das nicht möglich. Vor dem Kriege haben wir ungefähr für 1½ Milliarden Futtermittel aus dem Auslande herein-

geholt, und jetzt müssen wir vor allen Dingen sehen, ob wir durch ein gewisses Quantum Hafer oder Gerste etwas mehr Milch herausbringen. Das ist meiner Ansicht nach die wichtigste Forderung.

14. Gewährung einer größeren Haferration für Pferde. Diese Forderung ist gestellt worden, weil eben für das Heer nichts mehr gebraucht wird und wir immer noch die Bestimmung haben, daß wir nach Ostern bloß drei Pfund Hafer füttern dürfen. Wir wollen nicht immer bloß den ungesetzlichen Weg bei der Pferdefütterung beschreiten, sondern eine gesetzliche Bestimmung haben.

15. Hühnerfutter oder keine Eier. Das ist eine ziemlich humoristische Sache. Das müßten die Herren eigentlich alle wissen, auch die hohe Staatsregierung, daß wir gerade in diesem Punkte zwei Gesetze haben, die sich widersprechen, auf der einen Seite die Bestimmung, der Bauer darf keine Körner füttern. Auf der anderen Seite haben wir die Bestimmung, daß er Eier abliefern muß. Nun habe ich bereits Herrn Professor Böhme vom Kriegsernährungsamt die Sache klargelegt und ihm gesagt: Sagen Sie mal, Herr Professor, wie machen wir das: wenn wir Eier abliefern sollen, müssen wir Körner füttern; wenn wir Körner füttern, werden wir bestraft. Füttern wir keine Körner, können wir auch keine Eier abliefern und werden wieder bestraft.

(Heiterkeit.)

Was meinen Sie wohl, was ich für eine Antwort bekam? — Gar keine. Gelacht haben die Herren darüber.

(Zuruf: Ist auch zum Lachen!)

Nun sagen Sie, wie sollen wir es machen, wenn derartig widersprechende Bestimmungen bestehen. Wir sind durchaus nicht davon ausgegangen, daß wir nun gewissermaßen durch einen Streik etwas erzwingen wollen. Ich möchte das hier ganz ausdrücklich betonen, daß in der Amtshauptmannschaft von irgendwelchem Streik nicht die Rede gewesen ist, sondern gerade die große Sorge, für unser deutsches Volk in der nächsten Zeit die Nahrungsmittel zu beschaffen und die Nahrungsmittelpreise etwas zu mildern, hat uns zur Stellung dieser 15 Punkte veranlaßt, und ich will hoffen, daß die Regierung bei der ganzen Ernährungsfrage künftig auch mal praktische Landwirte heranzieht, damit wir diese Sache einmal in aller Ruhe beraten können.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Minister Schwarz.

(D)